

## Fraktion NT 14

Julia Rieger

Raimund Braun

Peter Lohse

Dr. Frank Staffa

---

### Haushaltsrede 2015

03. März 2015

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
Sehr geehrte Damen und Herren,

Der Gemeinderat trägt die Verantwortung für die finanzielle Entwicklung einer Stadt. Als neue Mitglieder in diesem Gremium, haben wir uns bei unserer Premiere für die Haushaltsberatungen zuerst konkret damit befasst, auf welche Positionen im Gesamthaushalt wirklich Einfluss genommen werden kann.

Bei genauer Betrachtung der Einnahmen wird deutlich, dass die Spielräume zur Erhebung von Steuern und Gebühren längst ausgeschöpft sind. Eine weitere Belastung der Bürgerschaft in diesen Bereichen ist nicht zumutbar und für die Stadt als Wohn-, Lebens- und Arbeitsstandort auch nicht förderlich.

Auf weitere wichtige Einnahmen wie die Zuweisungen und Zuwendungen hat der Gemeinderat keinen Einfluss. Hier wie auch bei den Gewerbesteuereinnahmen ist eine gewisse Abhängigkeit gegeben. Durch die Ausweisung von neuen Gewerbegebieten kann nur die Möglichkeit der Ansiedlung von Gewerbebetrieben geschaffen und die Hoffnung auf Wachstum geschürt werden. Die Aussicht auf Wachstum ist aber nur eine Hoffnung und keine Lösung, wie unschwer in den vergangenen Jahren in vielen Kommunen zu erkennen.

Ob und in welchem Umfang Gewerbesteuereinnahmen fließen und in welchem Verhältnis diese zu den Investitionen stehen, wird die Zukunft zeigen.

Aus unserer Sicht wurden bei der Entwicklung von Gewerbeflächen, wie auch bei anderen Projekten, die Potentiale von alternativen Lösungsmöglichkeiten nicht genutzt bzw. nur unzureichend untersucht. Offensichtlich war es nicht das Ziel, Gewerbeflächen kostengünstig und landschaftsverträglich zu entwickeln. Speziell am Großen Forst hätte vieles anders und wohl auch besser, ja kostengünstiger, gemacht werden können.

Aufgrund der geringen, nicht direkt beeinflussbaren bzw. bereits ausgereizten Spielräume bei den Einnahmen müssen die Ausgaben genauer untersucht werden.

Auch der Blick auf die Ausgabenseite zeigt nur geringe Handlungsspielräume. Bei oberflächlicher Betrachtung stellt die Reduzierung von Ausgaben immer Einschnitte dar. Deshalb müssen die Potentiale zur Reduzierung der Aufwendungen angemessen geprüft und plausibilisiert werden.

Bei Zinsausgaben, Umlagen und Zuweisungen gibt es keine Spielräume.

Damit die Kosten für die Unterhaltung und Bewirtschaftung von bebauten und unbebauten Grundstücken und damit auch die kalkulatorischen Ausgaben und inneren Verrechnungen nicht unverhältnismäßig steigen, müssen bestehende Gebäude bestmöglich ausgelastet und genutzt werden.

Der Anstieg der Personalkosten in Vergleich zu anderen Städten ähnlicher Größe ist mit ca. 10% im letzten Jahr unverhältnismäßig hoch. Dies war sicher nicht das Ziel des auch recht teuren Imaka-Gutachtens.

In diesem Bereich muss es möglich sein, Einsparungen vorzunehmen. Sicher ist der Personalbereich ein besonders heikles Thema. Aber bei knapp 30 Mio € pro Jahr dürfen, ja müssen wir uns eingehender damit befassen.

So wäre für uns, wie im Imaka-Gutachten vorgesehen, die Streichung der Stelle des Technischen Beigeordneten eine Option. Projekte könnten künftig entsprechend ihrer Schwerpunkte federführend vom Tief-, Hochbau- oder Grünflächenamt übernommen werden. Ebenso sehen wir keinen weiteren Bedarf für die Stelle eines Klimaschutzmanagers, da wir mit Herrn Krüger von der GWN bereits eine fachkundige Person im Boot haben.

Auch über den Gestaltungsbeirat muss nachgedacht werden. Wenn die Anregungen zu wesentlichen städtebaulichen Entwicklungen dieses Gremiums wie auch die Vorgaben der Satzung nicht berücksichtigt werden, kann er abgeschafft werden.

Sicherlich können neben weiteren Personalausgaben auch bei sonstigen Sach- und Betriebsausgaben Einsparpotentiale erarbeitet werden.

Ein großes Sparpotential ist bei der Vielzahl an Planungen und Gutachten, die in den letzten Jahren erstellt wurden, zu erkennen. Viel zu viele Planungen werden für die Schublade entwickelt und können in naher Zukunft nicht realisiert werden, weil die finanziellen Mittel nicht zur Verfügung stehen. Planungsaufträge sollten künftig nur vergeben werden, wenn die Finanzierung eines Projektes innerhalb der nächsten drei Jahre gesichert ist. Für alle anderen Vorhaben müssen vorab Vorschläge auf der Basis von vergleichbaren Vorhaben von der Verwaltung erarbeitet werden.

Große Potentiale zur Reduzierung von Kosten sehen wir bei der Umsetzung von Baumaßnahmen. Zum Beispiel bei der bedarfsgerechten Sanierung von Straßen.

War für die Max-Eyth-Straße wirklich ein Asphalt-Dreischichtaufbau notwendig, oder wäre für die tatsächliche Verkehrsbelastung der Straße nicht auch ein zwei Schicht Aufbau ausreichend gewesen?

Mit geringem Aufwand für die Erhebung von Verkehrsbelastungen könnten Mittel eingespart und für andere Investitionen oder für sportliches, soziales und kulturelles Engagement verwendet werden.

Mit deutlich geringerem Aufwand wäre auch die Entwässerung am Großen Forst, oder die Fischtreppe am Neckar, wie auch andere Projekte zu realisieren gewesen. Damit derartige Negativbeispiele in Zukunft ausgeschlossen werden können, müssen die im Rahmen der HOAI ohnehin zu erbringenden Untersuchungen nach verschiedenen Lösungsansätzen eingefordert und dem Gemeinderat zur Entscheidungsfindung mit entsprechenden Kostenschätzungen vorgelegt werden.

Ein anderes unglückliches Beispiel, um es vorsichtig zu formulieren, stellt der Neubau des Heimareals dar. Mit der Gründung der `Stadtbau´ sollte das schwer vermarktbar Heimareal entwickelt werden. Heute steht hier ein großer Neubau, der nur durch den Zukauf von vielleicht überkauften TG-Stellplätzen im ehemaligen Aldi Gebäude zu vermarkten war. Dass die im Wirtschaftsplan angesetzten Mietpreise nur mit Stellplätzen zu erzielen sind, hätte den Verantwortlichen bekannt sein müssen. Ob, wann und in welcher Weise sich dieses Projekt selbst trägt, wirtschaftlich rechnet oder vielleicht auch noch subventioniert werden muss, wird sich in den nächsten Jahren zeigen.

Schwerwiegender ist jedoch der Umstand, dass trotz des vielen Geldes, das von Seiten der Stadt in die Hand genommen wurde, das eigentliche Problem an dieser Stelle nicht gelöst wurde. Das unter Denkmalschutz stehende Eckhaus wurde nicht in die Umbaumaßnahmen mit aufgenommen und stellt jetzt einen womöglich nicht oder nur schwer zu vermarktenden Komplex dar.

Der Hochwasserschutz an Gewässern wird uns noch einige Jahre beschäftigen. Bereits in den ersten Planungsphasen sind die veranschlagten Kosten geradezu explodiert. Es ist auch zu befürchten, dass wir mit den veranschlagten 23 Mio. noch lange nicht die Endkosten auf dem Tisch haben. Wie schon mehrfach von uns angeführt, sollte hier ein generelles Umdenken vom kleinräumigen Denken mit Maßnahmen nur am Neckar hin zu ganzheitlichen Konzepten im gesamten Einzugsgebiet erfolgen. Damit ließen sich nach unserer Überzeugung sowohl für Nürtingen, aber auch für das Land Baden-Württemberg, nicht nur immense Kosten einsparen, sondern auch stadtgestalterisch hochwertigere und naturverträgliche Lösungsansätze finden.

Im Rahmen einer Gartenschau könnten alternative Lösungsansätze zur Schau gestellt und zusätzliche Fördermittel bereitgestellt werden. Hierzu wäre jedoch die Abkehr von der zweireihigen Bebauung am Wörth-Areal notwendig.

Auch die Entwicklung des Bildungszentrums in der Innenstadt muss angegangen werden. Hierbei sehen wir den ersten Schritt bei der Sanierung und Entwicklung des Hölderlinhauses. Ein Konzept für das Bildungszentrum sollte statt mit einem zu großen und vielleicht zu teuren Wettbewerb im Rahmen von Mehrfachbeauftragungen, Gutachterverfahren oder Planungs-Workshops erarbeitet werden. Der Schwerpunkt der Aufgabe sollte in erster Linie bei der Entwicklung der Gebäude, unter der Maßgabe `behutsame Sanierung aus dem Bestand´, liegen.

Um dieses zu ermöglichen, möchten wir die finanziellen Mittel bündeln und gezielt investieren. Unnötige Maßnahmen wie z.B. der Ausbau des Bachbettes an der Teufelsbrücke sind zu streichen. Erforderliche Maßnahmen können mit sehr geringem Aufwand realisiert werden und sind, nach dem Verursacherprinzip, nicht von der Stadt Nürtingen sondern der Gemeinde Wolfschlugen zu tragen. Bedauerlicherweise hat die Stadt bereits bei der Sanierung der Teufelsbrücke die gesamten Kosten getragen. Wir haben bereits mehrfach darum gebeten, über die Sachverhalte zu der seit über 14 Jahren abgelaufenen Einleitgenehmigung und die notwendigen Maßnahmen im Bauausschuss zu beraten und vorerst keine weiteren Mittel bereitzustellen bzw. Ausgaben zu tätigen.

Handlungsbedarf besteht bei der Sanierung der Belagsflächen in der Innenstadt. Jedoch darf diese Planung nicht als funktionale Verkehrsplanung betrachtet werden. Es müssen gestalterische und stadträumliche Verbesserungen erarbeitet werden. Diese könnten sich auch positiv auf die Gesamtkosten auswirken. Maßnahmen sind auf den Kernbereich der

Innenstadt zu konzentrieren. Die Sanierung der Innenstadt muss als Ganzes betrachtet, mit Alternativen geplant und in klar definierten Bauabschnitten innerhalb von ca. drei Jahren realisiert werden. Um den Schwerpunkt gezielt auf die Innenstadt-Gestaltung zu richten, möchten wir den Ausbau des Jordery-Platzes zurückstellen und zuerst ein komplettes Innenstadt-Konzept entwickeln. Eine Entscheidung bezüglich der Beläge ist derzeit nicht notwendig. Eine Auswahl hierzu kann zu einem späteren Zeitpunkt, jedoch nicht losgelöst von den Kosten, getroffen werden.

Kinder- und Familienfreundlichkeit ist uns ein Anliegen. Das gelingende Aufwachsen der Kinder in Nürtingen muss bei der Weiterentwicklung in der Kinderbetreuung und in der Schullandschaft im Auge behalten werden. Wir beantragen eine Bereitstellung von Fördergeldern zur Konzeptentwicklung, die eine Kooperation zwischen Schulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen bestmöglich zum Wohle der Kinder gestaltet. Eine Anpassung der Förderungen in Sport- und Kultureinrichtungen für Kinder erachten wir für notwendig.

Der Ausbau von Ganztageschulen und auch die Möglichkeiten bzw. Notwendigkeiten für die Errichtung einer Gemeinschaftsschule sind zu prüfen.

Bei eher beschränkten Mitteln, die unserer Stadt zur Verfügung stehen müssen wir als Gemeinderat unnötige oder unverhältnismäßig hohe Kosten hinterfragen.

Lassen Sie uns aus der Vergangenheit lernen und versuchen in der Zukunft angemessen und vernünftig zu wirtschaften, damit dem Gemeinwohl dienende und für das städtische Leben notwendige Einrichtungen erhalten und mit Leben gefüllt werden können.

Es sind nicht die teuren Gebäude oder teuren Freiflächen die den Liebreiz einer Stadt ausmachen. Es ist das Leben, das in den Gebäuden, auf den Plätzen, den Freiräumen und in den Vereinen, Gruppen u.ä. stattfindet. Oder, wie von H. Dr. Unger mal dargestellt sind es die lieb gewonnen Besonderheiten, die den Charakter einer Stadt prägen.

Dies könnte der Neckar mit großen Potentialen für zentrumsnahe Grünflächen sein, die kostengünstig, dem Gemeinwohl und dem Hochwasserschutz dienlich mit großem Imagegewinn für die ganze Stadt einfach entwickelt werden können.

Vielen Dank

#### **Für die Fraktion NT14**

Julia Rieger  
(Fraktionsvorsitzende)

Raimund Braun  
(stellv.Frakt.Vors.)

Pit Lohse

Dr. Frank Staffa

## Haushaltsanträge der Fraktion NT14 zum Haushalt 2015

1. Aufstellung der jährlichen Ausgaben für Planungsleistungen sowie Gutachten zu Bauvorhaben bzw. Investitionen. Diese sind jährlich fortlaufend zu dokumentieren, im Verhältnis zu den Ausgaben bei Bautätigkeiten darzustellen und im Rahmen der Haushaltsplanung vorzulegen.
2. Zur Haushaltsklarheit und Wahrheit müssen plausible und nachvollziehbare Halbjahresrechnungen vorgelegt werden, um steuernd in den Jahreshaushalt eingreifen zu können.
3. Wir beantragen die Zurückstellung der Investition für die Innenstadtsanierung. Es muss zuerst ein ganzheitliches Konzept erarbeitet, verständlich visualisiert, mit Variantenuntersuchungen und alternativen Kostenansätzen belegt dem GR zur Entscheidung vorgelegt werden.
4. Die Bachbettsanierung in der Teufelsklunge ist ersatzlos zu streichen. Ursächlich für die Schmutzfrachteinträge in die Aich durch den Regenüberlauf wie auch die Erosionsschäden im Bachbett ist die Einleitung bzw. der Zulauf von Oberflächenabflüssen aus Wolfschlugen. Diese werden von der Gemarkung Wolfschlugen verursacht, demzufolge sind auch Schäden von der Stadt Wolfschlugen zutragen und entsprechende Lösungen vorzustellen.
5. Kultur- und Sportfonds sind zu prüfen und angemessen zu erhöhen.
6. Für Betriebskostenzuschüsse an freie Träger von Einrichtungen sind Förderstrukturen aufzustellen. Diese müssen an die Richtlinien für städtische Einrichtungen angepasst bzw. diesen gegenüber gleich gestellt werden.
7. Planungsaufträge sind nur zu vergeben, wenn die Finanzierung und Realisierung innerhalb der nächsten drei Jahre gesichert ist.
8. Finanzmittel für die Flächen am Wörth-Areal sind zurückzustellen. Die neuen Planungen der nun getrennt auftretenden Investoren sind mit Kosten vorzustellen und im Gemeinderat zu beraten und zu beschließen.
9. Die für 2015 vorgesehene Dachsanierung der FKN ist in diesem Jahr abschließend zu klären und die Maßnahme im Jahr 2016 durchzuführen. Im Rahmen der Gespräche mit der Denkmalbehörde sind Optionen für Kosteneinsparungen bei der Sanierung abzustimmen. Zusätzliche Fördermittel über die Denkmalstiftung sind zu beantragen.
10. Ein Teil der Einsparungen der Sitzungsgelder durch die Verkleinerung des Gemeinderats sollen in Tablets für die Gemeinderäte investiert werden. So können Unterlagen digital und damit besser lesbar zur Verfügung gestellt werden.

Julia Rieger  
(Fraktionsvorsitzende)

Raimund Braun  
(stellv.Frakt.Vors.)

Pit Lohse

Dr. Frank Staffa